Halle, den 29. Januar.

— Zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers fand in Nietleben am Sonntag nachmittag 2 Uhr ein Festgottesdienst statt; die Festpredigt hielt der Ortsgeistliche. Dem Gottesdienste wohnte der Nietlebener Kriegerverein als solcher bei. Abends beging der Verein den Geburtstag des Landesherrn noch besonders festlich. Neben Konzertvorträgen gelangte ein vaterländisches Theaterstück zur Aufführung; darauf folgte Ball. — Die Schulfeier fand bereits am Sonnabend statt: in der dritten Klasse um 9 Uhr, in der zweiten Klasse um ½10 Uhr und in der ersten Klasse um 10 Uhr. Diese Anordnung war vom Hrn. Lokalschulinspektor getroffen, damit es ihm ermöglicht war, in jeder Klasse anwesend zu sein.

— Auch in Schiepzig wurde der Geburtstag des Kaisers in entsprechender Weise gefeiert. Der Kriegerverein hielt abends im Gasthaus zur „Krone" einen Festball ab, bei welchem die Kameraden Kaufmann und Naue erhebende Ansprachen hielten, in welchen sie auch der beiden verstorbenen Kaiser gedachten, und mit begeisternden Hochs auf unsern jetzigen Kaiser endigten. Bis in die frühen Morgenstunden hielten sich die Festtheilnehmer in der fröhlichsten Feststimmung zusammen.

— Unter dem Titel „Das ewige Verderben, die Ruhe des Volkes Gottes und die Gnadenwahl" sind drei Predigten, welche Hr. Pastor D. H. Hoffmann hier gehalten hat, in Richard Mühlmanns Verlags-Buchhandlung (Max Grosse) soeben (zum Preise von 40 Pf.) erschienen. Die Predigten sind auf Verlangen zum Besten des Kirchbauvereins in Druck gegeben.

— Im Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hielt am vergangenen Sonnabend Hr. Werkmeister Polack einen Vortrag über: Der Galvanismus im Dienste des Gewerbes. Der Vortrag wurde seines lehrreichen Inhalts wegen von den Mitgliedern mit großem Interesse aufgenommen. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten war der 27. Januar herangerückt. Der Vorsitzende gedachte mit warmen Worten der Bedeutung dieses Tages als des Geburtstages unsers Landesvaters und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf S. M. Kaiser Wilhelm II.

Stadtverordneten-Sitzung vom 28. Jan.

Anwesend sind 37 Stadtverordnete, am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Staude, Bürgermeister Schneider, Stadträthe Hildenhagen, Dr Schrader, Jochums, Keferstein, Dryander, v. Holly, Stadtbaurath Lohausen und Stadtschulrath Dr Krähe.

Der Vorsitzende Hr. Gueist theilt zunächst mit, daß Hr. Stadtverordneter Meyer einen Protest eingereicht habe gegen die von dem Vorsitzenden in der letzten Sitzung gethane Aeußerung, er habe bei Gelegenheit der Fragestellung am Schlusse der Besprechung der Tageblatt-Angelegenheit nicht zur Geschäftsordnung, sondern nachträglich noch, als dies nicht mehr gestattet war, zur Sache selbst gesprochen. (Hr. Meyer empfahl eine andere Reihenfolge der Abstimmung gegenüber der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen und begründete seinen Vorschlag.) Der Hr. Vorsitzende erwidert darauf, daß er der Versicherung des Hrn. Meyer, daß er lediglich zur Fragestellung habe sprechen wollen, Glauben schenke; er werde aber auch in künftigen Fällen seiner eigenen Auffassung gemäß verfahren und urtheilen, ob etwas Geschäftsordnungswidriges geäußert werde. Er bittet übrigens, die Sache nicht persönlich aufzufassen, er handle nicht in seinem eigenen Interesse, sondern im Namen und im Interesse der Versammlung. Hieraus folgt Uebergang zur Tagesordnung.

1. Die in dem Haushaltplane für Unterhaltung ungepflasterter Wege ausgeworfene Summe von 8000 M. ist bis auf 693 M. verbraucht. Gegenüber den noch in Aussicht stehenden Arbeiten dieser Art erscheint es nothwendig, noch 1500 M. nachzubewilligen.

Der hierauf gerichtete Antrag des Magistrats wird, nachdem Hr. Sachs namens der Finanzkommission denselben empfohlen hat, angenommen.

2. Nach der vorliegenden Rechnung der königl. Wasserbau-Inspektion hat die Stadtkasse 495,95 M. als die Hälfte der für die Reparatur der Schifferbrücke aufgewendeten Kosten beizutragen, und Hr. Meyer als Berichterstatter empfiehlt die Bewilligung dieser Summe namens der Finanzkommission.

Hr. Dönitz fragt hierbei an, ob noch nicht an einen Neubau der Brücke gedacht worden sei, der ihm nothwendig erscheine und schon deshalb wünschenswerth sei, weil die Brücke zu hoch sei und der steile Weg über dieselbe den Verkehr erschwere. Auch an die Fortsetzung der Pferdebahn über die Brücke könne bei dem jetzigen Zustande nicht gedacht werden.

Hr. Stadtbaurath Lohausen erinnert daran, daß dem Fiskus zunächst der Bau der Brücke zukomme und die Stadt nur an der Kostentragung zur Hälfte betheiligt sei. Die Anregung zum Neubau sei seitens der Stadt bereits geschehen und die einleitenden Schritte dazu seien gethan. Eine Gefahr liege bei dem jetzigen Zustande der Brücke nach dem Urtheile des Stadtbaumtes und der königlichen Wasserbau-Inspektion entschieden nicht vor.

Die Bewilligung der oben genannten Summe wird dann ausgesprochen.

3. Zur Verwendung einer jetzt gekündigten Wohnung in dem städtischen Hause Rathausgasse 18 zu polizeilichen Zwecken (Berichterstatter Hr. Meyer) ertheilt die Versammlung die Zustimmung.

4. Früheren Beschlüssen gemäß ist die Verpflichtung der Stadt anerkannt worden, die Herstellung einer Futtermauer und von Treppenaufgängen an dem Grundstück Pfännerhöhe 1 auf städtische Kosten herzustellen.

Die Versammlung wird ersucht, den hierauf bezüglichen Kostenanschlag in Höhe von 2350 M. zu genehmigen, in welchem zugleich die Kosten für die Abschachtung des Vorplatzes mit enthalten sind, welche nach Ansicht des Magistrats ebenfalls von der Stadtkasse zu tragen sind.

Die Berichterstatter Hr. Steinhauf und Hr. Meyer empfehlen die Genehmigung, da die Baukommission und die Finanzkommission dieselbe gutheißen, doch mit dem Vorbehalte, daß zunächst eine Zeichnung der Arbeiten dem Besitzer Benkert vorgelegt werde, damit derselbe sich mit der Art und Weise der Arbeit einverstanden erklärt und nicht nachher weitere Ansprüche erhebt, ferner, daß vor Vergebung der Arbeiten dem Unternehmer gegenüber eine genauere Vorschrift über die Ausführung gegeben werde. Endlich hat die Baukommission 100 M. von dem Anschlage abgesetzt, sodaß nun, da Hr. Baurath Lohausen das Einverständniß des Magistrats mit diesen Aenderungsvorschlägen mittheilt, die Summe von 2250 M. mit Annahme jener Vorschläge von der Versammlung bewilligt wird.

5. Der Magistrat beantragt für die Polizeiverwaltung 1. die Anstellung eines neuen Polizeikommissars mit dem Gehalte von 1950 M., desgl. eines Polizei-Wachtmeisters, 1550 M. und 90 M. Kleidergelder für diesen, ferner eines Revierschreibers mit 540 M. Tagegeldern, ferner von zehn Polizeisergeanten mit je 1050 Gehalt und 75 M. Kleidergeldern, endlich von 13 Nachtwächtern mit je 600 M. Gehalt und 36 M. Kleidergeldern, sowie 8 M. Oelgeld, in Summa also die Bewilligung von 23,752 M.; — 2. Zur Dienstwohnung für den Kommissar und zu einem neuen Revierbureau soll das städtische Familienhaus Klosterstraße 4 zum 1. Juli miethenfrei gemacht und für diese Zwecke eingerichtet werden, sodaß am 1. Okt. die Benutzung stattfinden kann. — 3. Die diesigen Nachtwächter sollen statt des Stockes, den sie bisher tragen, mit einem Seitengewehr ausgerüstet werden. — 4. Es sind daher zu bewilligen: Von der oben genannten Summe für Besoldungen u. dgl. der halbjährige Betrag mit 11,876 M., für die baulichen Einrichtungen in dem gedachten Hause 1000 M., zur Beschaffung der nöthigen Möbel 400 M., für Heizung und Beleuchtung 140 M., für Telephon-Anschluß 150 M., für halbjährige Miethe 315 M., zur Beschaffung von Seitengewehren 315 M.; zusammen 14,196 M. Berichterstatter Hr. Demuth.

Die Finanzkommission hat nach eingehender Prüfung der Vorlage zunächst sich vollständig damit einverstanden erklärt, daß zur größeren Sicherheit der Stadt eine Aenderung im polizeilichen Wachtdienste eintreten müsse. Sie hat dann der Neubildung eines fünften Polizeibezirkes zugestimmt, durch welchen eine Entlastung der beiden Bezirke im Osten und im Norden der Stadt eintreten wird. Den Nebenantrag, dem neuen Polizeikommissar wie bisher üblich 10 Proz. seines Gehaltes für die Wohnung nicht in Abzug zu stellen, bittet die Kommission, nicht anzunehmen. Die weitere Anstellung von 10 Sergeanten und die sachlichen Kosten für das Bureau, ebenso die Anstellung eines Wachtmeisters und eines Revierschreibers, sind zwar vom 1. Okt. an, wird von der Finanzkommission empfohlen. Dagegen bittet sie, die weiteren 4500 M., welche zur Anstellung von 13 Nachtwächtern, zur Ausrüstung der Wächter mit Seitengewehren bestimmt sind, zunächst nur zur Verfügung der beiden städtischen Behörden zu stellen und den Magistrat zu veranlassen, eine neue Vorlage über die weitere Organisation des Polizeiwachtdienstes zu machen. Die Finanzkommission verhält sich keineswegs ablehnend zu einer weitergehenden Aenderung auf dem polizeilichen Gebiete, hat aber in Erwägung gegeben, ob nicht an die Spitze des gesammten Wachtdienstes ein besonderer Polizeiinspektor mit höherem Gehalte (etwa 5000 M.) zu stellen sei, dem die Neuordnung des Sicherheitswesens vom 1. Okt. übertragen würde. Die Ausrüstung mit dem Seitengewehr wird für wünschenswerth gehalten, wenn der Nachtdienst durchweg von gedienten Soldaten besorgt würde, für jetzt soll eine Aenderung jedoch noch nicht eintreten, weil von derselben mit dem jetzigen Personal der Wächter ein Mißbrauch der Waffen zu befürchten sein könnte. Nach dem Vorschlage der Finanzkommission würden also 9695 M. sogleich bestimmt zu bewilligen und für die in zweiter Reihe genannten Zwecke, die noch eine besondere Vorlage des Magistrats bedingen, 7000 M. zur Verfügung beider städtischen Behörden zu stellen sein. Hr. Demuth empfiehlt die Annahme dieser Vorschläge.

Herr Polizeirath v. Holly erklärt sich namens des Magistrats einverstanden mit den Vorschlägen der Finanzkommission.

Herr Friedrich bedauert, daß die Vorschläge des Magistrates von der Finanzkommission nicht sogleich bestimmt angenommen und empfohlen werden, da die beabsichtigten Aenderungen doch nothwendig seien. Besonders wichtig scheint ihm die Ausrüstung der Wächter mit dem Seitengewehr, welche, da die Ausgabe später doch gemacht werden müsse, doch lieber sogleich geschehen sollte. Der Stock, den der Wächter führe, nütze denselben sehr wenig und sei ihm unter Umständen sogar hinderlich, wenn er z. B. jemand verhaften wollte; das Seitengewehr werde ihm zu größerem Ansehen verhelfen und seine Thätigkeit im Wachtdienste wirksamer machen. Ferner solle die Stadt, um eine größere Sicherheit herbeizuführen, auch bereit sein, mehr Geld aufzuwenden. Das Anfangsgehalt der Sergeanten sollte doch wenigstens 1050 M. betragen, da andere Leute im Handwerke durchschnittlich ebensoviel verdienen und so angestrengte Arbeit nicht haben. Man könne höhere Ansprüche an den Dienst stellen, wenn man mehr zahle.

Hr. Arndt stimmt dem Vorredner bezüglich der Bezahlung der Polizeibeamten bei und bezeichnet als wünschenswerth, daß das Austragen von Zetteln durch die Polizeibeamten in Wegfall kommen möge, sowie daß das Einziehen von Strafgeldern von Polizeileuten u. dgl. kurzer Hand durch die Polizei-Sergeanten selbst geschehen könnte, anstatt daß die Straferfügung erst auf Umwegen zugeschickt werde.

Hr. Prof. Dr Löning rechtfertigt das Verfahren der Finanzkommission, welche für einen Theil der Vorlage noch besondere Beschlüsse der Behörden vorbehalten will, weil die Aenderung des Wachtdienstes besonders davon abhängig gemacht werden solle, daß man zunächst einen im Polizeidienste gebildeten und erfahrenen Mann an die Spitze stelle, der die allmälige Uebertragung des Nachtwachtdienstes an Polizeisergeanten vorzunehmen haben werde.

Hr. Polizeirath v. Holly bittet, die Frage der Aenderung des Nachtwachtdienstes noch nicht in Erörterung zu ziehen, da dieselbe bei der Bereitwilligkeit der Finanzkommission gegenüber einer zu erwartenden Magistratsvorlage ihre Erledigung schon finden werde. Für jetzt sei wünschenswerth, daß die Vorschläge der Finanzkommission die Zustimmung der Versammlung erhalten mögen. Den ausgesprochenen Wünschen für die Beamten stehe er nicht entgegen, obgleich für diesen Etat eine Gehaltsverbesserung nicht möglich sein werde. Frühere Anträge in dieser Richtung seien von der Finanzkommission abgelehnt worden; er werde sich nur freuen, wenn für den nächstjährigen Etat eine Verbesserung eintreten könne.

Das Austragen von Zetteln seitens der Polizeibeamten habe dem Redner anfangs auch nicht gefallen, als er sein Amt antrat; doch habe er sich endlich damit befreundet, weil er sich überzeugt, daß die Zumuthung eine geringe sei, so daß man dazu besondere andere Boten nicht gut annehmen könne; außerdem biete es den Beamten manche Gelegenheit, sich in den Häusern umzusehen und Kenntniß von Unordnungen zu erhalten, die sonst wohl nicht leicht abgeschafft sein würden. Der vorher ausgesprochene Wunsch, die Ausfertigung von Strafmandaten durch sofortige Einziehung von Strafgeldern zu vermeiden, widerspreche den gesetzlichen Bestimmungen. Wenn es vorgekommen sei, wie vorher geklagt worden, daß Polizeisergeanten die Hilfe zur Herstellung der Ordnung irgendwo mit der Entschuldigung abgelehnt haben, die Zeit ihres Dienstes sei vorüber, sie hätten eben ihre Freizeit oder sie gehörten dem Bezirke nicht an, wohin sie gerufen werden, so sei das unrecht und widerspreche der ausdrücklichen Verpflichtung, wie sie die Instruktion enthalte. Der Sergeant sei verpflichtet, überall da einzutreten, wo seine Wirksamkeit zur Herstellung der Ruhe und Ordnung erforderlich sei.

Hr. Görlitz möchte eine Ueberlastung der Sergeanten vermieden sehen und fragt an, ob es wahr sei, daß dieselben künftig verpflichtet sein sollen, die im Schulbesuche säumigen Kinder zur Schule zu bringen, wozu bisher besondere Schuldiener angestellt waren.

Im allgemeinen thue die Polizei ihre Schuldigkeit, und es sei deshalb auch kein Bedürfniß vorhanden zur Anstellung eines besonderen Inspektors, es sei ja ohnedies nur eine Frage der Zeit, ob man hier nicht eine königliche Polizeiverwaltung erhalten werde, wie sie nach einem bereits dem Landtage vorliegenden Gesetze den Städten von 50,000 Einwohnern zu zugedacht werde. Das Institut der Nachtwächter solle man nicht abschaffen, dieselben thun ihre Schuldigkeit, und es sei nicht zu erkennen, was die neuen 10 Sergeanten für den Nachtwachtdienst leisten sollen. Diese ausgedienten Soldaten würden den Nachtwächterdienst nicht übernehmen wollen. Für das zu einem Polizeiinspektor bestimmte Gehalt könnte man viele Nachtwächter anstellen.

Hr. Stadtschulrath Dr Krähe theilt mit, daß allerdings beabsichtigt werde, die Polizeisergeanten im Dienste der Volksschule zu verwenden, um nachlässige Kinder zur Schule zu bringen, weil die Schulvögte nicht mit dem nöthigen Eindruck auszutreten vermöchten. Der nun eingeführten allgemeinen Schulpflicht ohne Schulgeld gegenüber sei diese Anordnung eine gesetzliche und widerspreche dem Dienste der Beamten nicht. Die Belastung sei überdies eine unbedeutende, da es sich um etwa 15 Fälle handeln dürfte.

Hr. Polizeirath v. Holly berichtigt die Auffassung des Hrn. Görlitz bezüglich eines Gesetzes über die Einführung der königlichen Polizei. Es sei zunächst keine Aussicht vorhanden, daß die Stadt Halle eine königliche Polizei erhalten werde. Der Staat habe wohl in einigen Städten die Polizei, und diese Städte zahlten dazu einen sehr geringen Zuschuß; der Staat habe keine Veranlassung, den Städten ohne weiteres die Last abzunehmen, sondern höchstens, wo dies Verhältniß bestehe, das Beitragsverhältniß wo möglich zu ändern. Für den hiesigen Nachtwachtdienst sollen die neuen 10 Sergeanten dazu verwendet werden, die Nachtwächter zu kontrolliren und zu unterstützen. Die Sittenpolizei sei übrigens hier schärfer als in vielen andern Städten, und sie erweise sich auch wirksam, wenngleich Uebelstände und Unsittlichkeiten wie auch in anderen Städten nicht ganz auszurotten sein würden.

Der Vorschlag der Anstellung eines Polizei-Inspektors sei von der Finanzkommission gemacht und als ein glücklicher zu bezeichnen. Man werde dazu nicht einen höheren Offizier nöthig haben, sondern ein guter Wachtmeister werde unter Umständen besser zu gebrauchen sein, zur strengen Kontrolle des Sicherheitsdienstes sei derselbe sehr wünschenswerth.

Hr. Bethcke rechtfertigt den Beschluß der Finanzkommission nochmals, indem er die Bereitwilligkeit derselben hervorhebt, den Sicherheitsdienst zu vervollkommnen. Sie habe aber für gut gehalten, den weiteren Ausbau der Verwaltung in dieser Beziehung noch besondern Beschlüssen vorzubehalten, zu deren Ausführung die Mittel bereits zur Verfügung gestellt werden sollten.

Hr. Prof. Dittenberger hält die Aussicht für Einführung einer königlichen Polizeiverwaltung für Halle nicht so ganz unbegründet, zumal wenn, wie das bez. Gesetz beabsichtige, die Beitragspflicht der Städte zu einer solchen Polizeiverwaltung anders als bisher geregelt werde. Immerhin werde aber der Staat dann einen Theil der Kosten zu tragen haben und er werde nicht so eilig damit sein, die Einführung der königlichen Polizei zu verlangen. Außerdem sei noch nicht voranszusehen, ob das Gesetz in der Form der Regierungsvorlage angenommen werden und ob nicht der Beitrag der Stadtgemeinden noch ermäßigt werden würde, so daß dem Staate die Einführung nur theurer kommen würde. Der Minister habe dann gesagt, daß die Staatsverwaltung den Wunsch habe, den Städten, die bisher die königl. Polizei gehabt haben, diese Verwaltung selbst zu übertragen, doch könne man zunächst diesen Städten die größere Last nicht zumuthen. Der Staat werde also auch keine Eile haben mit Einführung der königlichen Polizei in Städten.

Hr. Prof. Dr Löning bespricht diesen Punkt dahin, daß man sich davor hüten möge, das kostbare Recht der Selbstverwaltung aufzugeben. (Bravo der Vers.) Man solle sich vielmehr bemühen, die städtische Polizei so gut wie möglich auszubauen. Die Mehrzahl der Städte, welche eine königliche Polizei erhalten haben, lehnen sich trotz des finanziellen Vortheils nach der früheren Selbstverwaltung zurück und würden gern bereit sein, die Kosten der Polizeiverwaltung allein zu tragen, wenn sie die Polizei wieder in die eigenen Hände zurückerhalten würden. Die Stadt Berlin hat seit 1874, wo ein Theil der Polizeiverwaltung städtisch geworden ist, einen bedeutenden Aufschwung der Einwickelung genommen. Mißstände seien überall vorhanden, auch wo eine königliche Polizeiverwaltung sei. In dem letzteren Falle habe aber die Stadt nicht die geringsten Mittel, um den Uebelständen entgegenzutreten. Unbequem sei auch jede Polizei, welcher Art sie auch sei. Redner bedauert, daß in der Versammlung der Wunsch nach einer königlichen Polizei laut geworden. Dieses Stück der Selbstverwaltung sei das werthvollste Recht, welches die Stadt besitze. Es sei nicht anzunehmen, daß eine Stadt die königliche Polizei erhalte, die sie bisher nicht habe. Diese Möglichkeit sei nur da vorhanden, wo in einer Stadt der Wunsch ausgesprochen werde, namentlich wenn das vorher erwähnte Gesetz angenommen werde. Redner warnt nochmals davor, dieses Recht der Selbstverwaltung aus der Hand zu geben. Er würde den Tag für einen unglücklichen für die Verwaltung halten, wo die Stadt freiwillig dieses kostbare Recht aufgeben würde. „Bewahren wir uns dieses Recht und suchen wir die Polizeiverwaltung nach Bedürfniß auszubilden, wir werden sie aber nicht um anderer Umstände willen dahingeben." (Bravo der Vers.)

Hr. Friedrich ist anderer Ansicht und meint, daß, wer wie er, soviel mit der Polizeiverwaltung zu verhandeln habe, so manche üble Erfahrung mit der städtischen Polizei mache und den Wunsch nach Aenderung haben müsse. Die königliche Polizei sei strafferer, schneidiger, ohne Rücksicht auf die kommunalverwaltung, worunter viele Leute zu leiden haben und eine Aenderung herbeiwünschen, die ein Segen für Halle sein werde.

Hr. Rausch will den Vergleich der Polizeisergeanten mit den Handwerkern zugunsten der letzteren nicht gelten lassen, zumal dazu komme, daß die Beamten mit der Zeit eine Steigerung ihres Gehaltes erfahren, während die Handwerksgehilfen vielfach mit eintretendem Alter an Einkommen verlieren.

Die Abstimmung der Versammlung ergiebt endlich die Annahme der Vorschläge der Finanzkommission.

6. Hr. Prof. Löning bespricht seinen von ihm eingebrachten Antrag betreffs der Veröffentlichung der Almosenempfänger. Der Magistrat ist vor kurzem ersucht worden, den Antrag in Erwägung zu ziehen, und der Redner bittet, daß die Stellung des Magistrats und der Armendirektion zu demselben mitgetheilt werde, indem er hofft, in dem Falle einer zustimmenden Erklärung den Antrag zurückziehen zu können.

Hr. Stadtrath Zernial theilt mit, daß die Armendirektion selbst schon früher die mit der Veröffentlichung der Liste verbundenen Uebelstände anerkannt, aber aus praktischen Gründen von einer Aenderung bisher abgesehen habe. Der jetzige Beschluß derselben gehe dahin, die Veröffentlichung der Armenliste in bisheriger Weise zu unterlassen, die Liste vielmehr nur den städtischen Behörden, den Armen- und Bezirksvorstehern, den Geistlichen, den Gemeindekirchenräthen und den Lehrern der Volksschulen zuzustellen. Außerdem sollen die Personen, welche ein Interesse an der Nachweisung haben, dieselbe in dem Bureau der Armenverwaltung einsehen. Der Magistrat sei diesem Beschluß beigetreten und die Versammlung werde gebeten, die Zustimmung zu dem Beschlusse auszusprechen.

Hr. Friedrich hält es nicht für zweckmäßig, den Einblick in die Aufstellung jedem zu gestatten, der es wolle, wie aus dem letzten Theile des Beschlusses hervorzugehen scheine, und er bedauert, daß Hr. Bürgermeister Schneider neulich als einen berechtigten Grund für das bisherige Verfahren angegeben habe, ein Vorbeugungs- oder Schreckmittel gegen die Inanspruchnahme der städtischen Unterstützungen zu haben. Die Einsicht in die Listen dürfte bloß denen gestattet sein, welche ein berechtigtes Interesse daran nachzuweisen vermögen, wie dies mit dem Grundbuche im Gerichte der Fall sei.

Hr. Bürgermeister Schneider bemerkt dagegen, daß er nur gewünscht habe, die Versammlung möge nicht sogleich eine Entscheidung über die Frage treffen und der Armendirektion zunächst die Prüfung darüber gestatten. Deshalb habe er damals die Gründe angeführt, welche das bisherige Verfahren rechtfertigen könnten. Er stimme dem Beschlusse der Armendirektion gern zu, obwohl er einen Theil der Begründung immer noch aufrecht erhalten müsse, welche sich aus der Praxis der Armenverwaltung ergeben habe. Ein Makel für diejenigen, welche in der Liste stehen, werde denselben nicht durch die Veröffentlichung beigelegt, wohl aber sei die Veröffentlichung ein Mittel gegen unberechtigte Ansprüche an die Armenverwaltung gewesen. Daß die Maßnahme in einer Reihe von Städten bestehe, würde er nachweisen können, wenn es sich darum handelte, den Gebrauch aufrecht zu erhalten. Der Zweck werde aber wohl auch erreicht mit den von der Armendirektion beschlossenen Maßnahmen, und er stimme denselben gern zu.

Hr. Lutze theilt aus der Verwaltung der Armendirektion einiges mit, wonach es wirklich verschämte Arme gebe, die eine Unterstützung von der Stadt nicht erheben und annehmen würden, man müsse sie ihnen selbst bringen; doch werden solche Leute in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18890130032/fragment/page=0001

die Liste nicht aufgenommen. Zahlreich dagegen sei die Reihe derer, welche mit unverschämten Forderungen an die Stadt herantreten und genau wissen, was sie zu verlangen hätten, wenn ein Unglück in der Familie geschehe u. dergl. Diese Leute werden durch die Veröffentlichung der Liste nicht getroffen. Andererseits sei die Armendirektion infolge der Veröffentlichung mehrfach in der Lage gewesen, infolge von Anzeigen über ungerechtfertigte Ansprüche gezahlte Unterstützungen wieder einzuziehen, wie es gesetzlich sei.

Herr Prof. Löning zieht hierauf gegenüber dem Beschlusse der Armendirektion seinen Antrag, weil derselbe dadurch gegenstandslos geworden, zurück, und die Versammlung ertheilt dem Beschlusse der Armendirektion die Zustimmung.

7. Herr Dinitz berichtet über den Bau einer neuen Mädchenbürgerschule in der Dreyhauptstraße in der Halle, gegenüber der neuen Knabenbürgerschule, für welche beide Schulen die Turnhalle zu gemeinschaftlicher Benutzung schon fertiggestellt ist. Die Schule wird nach demselben Plane und mit ganz gleicher Einrichtung gebaut werden und einen Kostenaufwand von 199,000 M. erfordern, welche Summe von der Versammlung zu bewilligen ist.

Die Baukommission empfiehlt die Bewilligung und ersucht die Versammlung, dafür zu stimmen, daß zur Herstellung der Hinterfront des Hauses auch bei anderen Bauten nicht die theuern Verblendsteine wie zur Vorderseite verwendet werden, doch soll in diesem Falle der Symmetrie halber von dem Beschlusse abgesehen und die Hinterseite mit demselben Material hergestellt werden, wie in der Knabenschule. — Zugleich ist in der Baukommission bereits von dem Neubau einer Schule in der Lessingstraße die Rede gewesen, da das Bedürfniß dazu vorliege. Andererseits gedenkt der Magistrat aber das Schulgebäude in der Poststraße, welches als Schulhaus zu kostbar, aber auch nicht zweckmäßig eingerichtet ist, zu verkaufen. Der Berichterstatter bringt hierbei den außerordentlich schlimmen Uebelstand der neuen Knabenschule zur Besprechung, welcher sich in den dortigen Abortanlagen bemerklich macht trotz des Tonnensystems und einer besonderen Ventilation. In dem Tonnenraume sei der Geruch nicht zu bemerken, der sich in den oberen Geschossen unerträglich bemerkbar mache.

Der Hr. Vorsitzende theilt mit, daß die Vorlage des Magistrats, betr. die Parzellirung des Schulgrundstücks in der Poststraße, schon eingegangen sei.

Der zweite Berichterstatter, Hr. Apelt, empfiehlt namens der Finanzkommission die Annahme der Vorlage, beantragt aber noch die Herstellung zweier Thüren in dem Abortraume.

Hr. Stadtbaurath Lohausen ist überrascht von den Mittheilungen über die Abortanlagen. Er hat auf die Klagen der Lehrer Aenderungen getroffen und geglaubt, daß alles in Ordnung sei. Die Sache solle sogleich weiter untersucht und Abhilfe geschaffen werden. Die Ursache des schlechten Zustandes liege vielleicht auch an der schlechten Bedienung.

Hr. Friedrich hat sich die Anlage angesehen und findet den Uebelstand sehr natürlich. Die starke Ventilation, wobei durch mehrere Gasflammen fortwährend der Zug nach dem Ventilationsschlot führe, sei so unrichtig angelegt, daß sie den Geruch durch die Brillenöffnung der Aborte in die inneren Räume ziehe. Die Aenderung sei leicht herbeizuführen. Die thenern Greppmer Verblendsteine zur Hinterseite der neuen Schule wieder zu verwenden, sei Verschwendung. Er beantragt die Ablehnung dieses Vorschlages. Es falle gar nicht sehr auf, wenn diese Hinterseite des neuen Gebäudes etwas anders werde als die der Knabenschule, da man nicht von Süden her, sondern nur von Westen oder Osten in das Grundstück eintrete, und deshalb immer nur ein Gebäude von hinten überblicke, zumal auch die Turnhalle mit billigerem Verblendmaterial hergestellt sei. Außerdem tadelt der Redner die Ausführung der Façade.

Hr. Steinhauf beantragt, die Erörterung der Frage über die Aborte der Baukommission zur Berathung zu überweisen anbeschadet der Zustimmung zu dem Bauplane.

Hr. Stadtchirath D'Krähe bemerkt über die vom Referenten ausgesprochene Vermuthung über die Verwendung des obersten Geschosses des Gebäudes zu einer Zeichenschule für Mädchen, daß dies noch nicht vom Magistrate beschlossen sei. Die Verwendung jener Räume werde auch zu Schulzwecken erforderlich werden, da man verschiedene Nebenräume für physikalische und andere Gegenstände brauche.

Hr. Kilburger glaubt, daß die Lüftung der Schule leicht so geändert werden könnte, daß der gerügte Uebelstand verschwinde. Bezüglich der Verblendsteine empfiehlt er den Antrag der Baukommission.

Hr. Klinckhardt bittet, daß den Schulgebäuden eine Aufschrift gegeben werde, damit auch der Fremde erfahre, welchem Zwecke dieselben dienen.

Vom Magistratstisch aus wird mitgetheilt, daß dies vom Magistrate bereits beabsichtigt werde; man wolle mit der Ausführung nur noch warten, bis die jetzt in Aussicht stehenden Schulbauten beendet seien.

Es wird endlich die Vorlage des Magistrats angenommen, ebenso der Vorschlag der Baukommission bez. der Verblendsteine. Ueber die Abortangelegenheit wird die Baukommission nochmals berathen. Der Ausbau des Obergeschosses soll nach einem Antrage der Finanzkommission nicht eher stattfinden, bis eine Vorlage über die Verwendung der Räume gegeben sein wird; ebenso wird der Antrag zur Anbringung von zwei Thüren in den Abortanlagen angenommen. Bei künftigen Bauten soll zur Herstellung der Hinterseite das theurere Material nicht verwendet werden.

8. Die Bedingungen für den Ausbau der Jakob- und Lerchenfeldstraße liegen zur Genehmigung vor. Die Fingerschen Erben beabsichtigen, diese Straßen herzustellen. Dieselben sollen 15 m Breite erhalten, wovon 9 m auf die Fahrbahn kommen. Für die Fertigstellung der Lerchenfeldstraße sind 5 Jahre, für die der Jakobstraße 10 Jahre Frist gestellt. Die zur Sicherheit zu stellende Kaution ist für beide Straßen auf 120,000 M. festgesetzt.

Die Baukommission (Berichterstatter Hr. Lutze) beantragt, die Fahrbahn 7½ m breit anzulegen und dafür das Trottoir entsprechend zu verbreitern, so zwar, daß in der Jakobstraße auf der nördlichen Seite eine Reihe Bäume gepflanzt werde.

Hr. Baurath Lohausen hält die Verschmälerung der Jakobstraße, welche vom Steinweg nach Oberglaucha führend, eine nicht unwichtige Verbindung zu werden verspreche, für unzweckmäßig und die Anpflanzung von Bäumen in einer Straße werde nach Ansicht von Autoritäten im Straßenbauwesen kaum bei 18 m Breite gutgeheißen, weil die Anwohner dadurch belästigt würden.

Hr. Friedrich wünscht zunächst den Namen der Lerchenfeldstraße gekürzt zu haben in „Lerchenfeld", was eine angenehme Abwechselung in der Straßenbezeichnung bringe und der Name sonst zu lang sei. Für die Breite der Fahrbahn beantragt er 7 m anzunehmen. Die Anbringung von Bäumen befürwortet er ganz besonders. Es sei zu bedauern, daß man davon bisher hier abgesehen habe. Die Bäume übten jedenfalls einen wohlthätigen Einfluß auf die Bewohner. Von der Wahl der Bäume hänge es ab, ob dieselben belästigend wirken würden.

Hr. Kilburger tritt ebenfalls kräftig für Baumpflanzungen ein und beantragt dieselben für beide Straßen, und zwar für die Lerchenfeldstraße zwei Reihen, für die Jakobstraße eine Reihe. In allen größeren Städten verwende man neuerdings viel Sorgfalt auf Herstellung von Alleestraßen, während Halle immer mehr nur ein Steinmeer werde.

Derselben Meinung ist Hr. Görlitz und auch der Referent Hr. Lutze.

Es wird endlich die Vorlage angenommen mit dem Vorschlage der Baukommission und eine Breite der Fahrbahn von nur 7 m mit 15 gegen 15 Stimmen, wobei der Vorsitzende mit seiner Abstimmung den Ausschlag gab.

Ende der Sitzung gegen 8 Uhr.

Eine geschlossene Sitzung fand nicht statt.

Provinzial-Nachrichten.

M **Naumburg**, 28. Jan. In der heutigen Mittheilung, daß der in den Lesevereinen der Provinz weithin bekannte Lehrer Fromm hier den langjährigen Vorsitz in dem von ihm begründeten Lehrervereine niedergelegt hat, kann ich heute noch hinzufügen, daß Hr. Fromm auch aus dem Vereine, als dessen Vorsitzender Hr. Lehrer Baron gewählt worden ist, ausgeschieden und, in Anerkennung seiner Verdienste um das Vereinswesen in Stadt und Provinz, zum Ehrenmitgliede ernannt worden ist.

** **Dessau**, 28. Jan. Die anhaltische Landessynode ist, nachdem diese 10 Tage versammelt war und 7 Plenarsitzungen abgehalten hat, geschlossen worden. Der Antrag, betr. die Einziehung der Pachtgelder von den Pfarrländereien, ist dahin erledigt worden, daß das herzogl. Konsistorium den Anträgen solcher Geistlichen, welche sich des Rechts auf Selbstverwaltung des Pfarrvermögens zu begeben wünschen, diese Verwaltung dem Gemeindekirchenrathe übertragen, in Zukunft rücksichtslos entsprechen wird. Betreffs der Umzugskosten der Geistlichen ist bestimmt worden, daß zur Deckung derselben eine Einheit-Einkommensteuer und der dritte Theil einer festen Grundsteuer-Einheit erhoben werde. Betreffs des Antrags „die Synode wolle beschließen, an die Kirchenregierung das Ersuchen zu richten, daß die bestehende Vorschrift, wonach die Geistlichen im Falle der Erkrankung die entstehenden Vertretungskosten selbst tragen sollen, aufgehoben und künftig die in dieser Hinsicht für die Staatsdiener getroffenen günstigeren Bestimmungen auch bei den Geistlichen zur Anwendung gebracht werden" versprach der Hr. Staatsminister, daß die Kirchenregierung denselben in wohlwollende Erwägung ziehen werde.

— Das Geburtshaus der Karoline Neuber, die einst trotz Lessings und Mösers Eintreten den Haushwurst von der Bühne verbannte, in Reichenbach i. V., das jahrhundertelang im Besitze der zum ältesten Adel Sachsens gehörigen Herren v. Metzsch gewesen, ist jetzt in anderen Besitz übergegangen. In Nachschlagewerken findet man zuweilen Zwicken als Geburtsort der Neuber bezeichnet, doch hat sich mit Hilfe der Kirchenbücher i. J. feststellen lassen, daß sie in der That in Reichenbach im v. Metzsch'schen Patrimonial-Gerichtsgebäude zur Welt gekommen ist. Eine Erinnerungstafel an demselben bezeichnet es als das Geburtshaus der berühmten Schauspielerin. Jetzt ist das Gebäude, in dessen oberen Räumen die naturgeschichtlichen Sammlungen des Vereins für Naturkunde untergebracht sind, in den Besitz eines Bierwirthes gelangt.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

Ausschreibung und Vergebung von Lieferungen.

* **Halle**, 29. Jan. Bezirk des königl. Eisenbahn-Betriebsamts Wittenberge-Leipzig. Lieferung von 3000 cbm Oberbaukies für die Bahnstrecke Groß-Weißandt-Leipzig. Die Anlieferung muß so erfolgen, daß direktes Verladen auf Eisenbahnwagen vom Lagerplatz aus möglich ist. Angebote unter Benutzung des Angebotformulars und Verfügung der anerkannten Bedingungen postfrei und mit der Aufschrift: „Angebot auf Lieferung von Oberbaukies" bis 8. Febr. 10 Uhr an die königl. Eisenbahn-Bauinspektion Köthen-Leipzig hier.

Königl. Berginspektion Staßfurt. Lieferung des im Rechnungsjahre 1889/90 auf dem kgl. Salzwerk zu Staßfurt eintretenden Bedarfs an nachstehenden Verbrauchsstoffen als: 200 Stück Schaufeln aus Stahlblech, 18,000 kg Steinöl zu Beleuchtungszwecken, 2800 kg gereinigtes Rüböl, 3000 kg Cylinderöl, 10,000 kg Maschinenöl, 4000 kg Talg, 5000 kg rohes Rüböl, 8000 kg Seifschmiere, 40,000 Ringe weiße Zündschnur, 24,000 kg Wermuthskrautpulver (reinlich). 9600 kg für die Saline Schönebeck, 2500 kg Petroleum, 115,000 Stück neuer, aus Jute gefertigter Säcke. Termin 12. Febr. 11 Uhr. Angebote, zu welchen Vordrucke geliefert werden, sowie Proben mit der Aufschrift: „Angebot auf Verbrauchsstoffe" in verschlossenen Umschlägen einzureichen.

Königliche Eisenbahn-Direktion Berlin. Verdingung von 500 cbm rothem Glase, 400 qm bläulich-grünem Glase, 260 qm Milchglase, 210 qm mattgeschliffenem Glase, 5600 qm weiße m Scheibenglase, 400 qm weißem rheinländischen Glase, 2950 kg Stuhlrohr und 27400 hl Holzkohlen am 8. Februar 11 Uhr. Angebote postrei, versiegelt und mit der Aufschrift: „Angebot auf Glas, Holzkohlen, Stuhlrohr" an das Materialien-Büreau, Berlin W. Königgrätzerstraße 132.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Amsterdam, 28. Jan. (Telegr.) Weizen auf Termine niedriger, per März 202, per Mai 206, per Nov. —. Roggen loco flau, auf Termine unverändert, per März 125 à 126 à 125 à 124 à 125, per Mai 126 à 127 à 126, per Okt. 130 à 129.

* Antwerpen, 28. Jan. (Telegr.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer still. Gerste ruhig.

* London, 28. Jan. (Telegr. — Anfangsbericht.) Weizen und Gerste, träge, Hafer fletig.

* London, 28. Jan. (Telegr. — Schlußbericht). Sämmtliche Getreidearten ruhig, sehr träge, engl. Weizen ½ sh. niedriger als vorige Woche, fremder mitunter ½ sh. niedriger, jedoch weniger gedrückt, Hafer eher williger.

* London, 28. Jan. (Telegr.) Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 19. bis 25. Jan.: Englischer Weizen 2922, fremder 45,677, engl. Gerste 5512, fremde 17,567, engl. Malzgerste 20,700, fremde —, englischer Hafer 144,032 Qrts. Engl. Mehl 19,544 Fäß, fremdes 7878 Sack und — Faß.

* New-York, 28. Jan. (Telegr.) Anfangsnotirungen. Weizen per Mai 1889 100½.

Mehl.

* Berlin, 28. Jan. (Amtl.) Roggenmehl flau. Nr. 0 u. 1 per 100 kg br. inkl. Sack. Gelindigt —,— Sack. Kündigungspreis —,—. M. per diesen Monat 21,50 M., per Jan.-Febr. —,—, per Febr.-März —,—, per April-Mai 21,70—21,65 bez., per Mai-Juni —,—, per Juni-Juli 21,75.

* Berlin, 28. Jan. Weizenmehl Nr. 00 25,75—23,75, Nr. 0 23,75 bis 21,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 21,50—20,75, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 22,50—21,50 bez. Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 per 100 kg br. inkl. Sack.

* Paris, 28. Jan. nachm., Schlußbericht. (Telegr.) Mehl behauptet, per Jan. 57,25, per Febr. 57,00, per März-April 58,50, per März-Juni 58,75.

* Paris, 28. Jan., abends. Mehl behauptet, per Jan. 57,10, Febr. 57,75, per März-April 58,50, per März-Juni 58,80.

* London, 28. Jan. (Telegr.) Mehl weichend.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 26. Jan. (Pol.-Präl.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—36 M. Speisebohnen, weiße, 24—40 M., Linsen 30—60 M. per 100 kg.

* Berlin, 28. Jan. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco behauptet. Termine —,— Gekündigt — t. Kündigungspr. —,— M. Durchschnittspreis —,— M. Loco 130—142 M. n. Qual., per diesen Monat —, per Sept.-Okt. —,— M.

Erbsen per 1000 kg. Kochwaare 165—200 M. Futterwaare 138—144 M. nach Qualität.

* Wien, 28. Jan. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 5,33 Gd., 5,38 Br, per Juni-Juli 5,38 Gd., 5,43 Br.

* Pest, 28. Jan. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 5,06 Gd., 5,08 Br.

* London, 28. Jan. (Telegr.) Mais weichend.

Butter. Eier Fleisch.

* Berlin, 26. Jan. (Pol.-Präl.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,40 Bauchfleisch 0,80—1,20, Schweinefleisch 0,90—1,40, Kalbfleisch 0,90—1,50, Hammelfleisch 0,80—1,40, Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg, Eier 3,00—5,20 M. per 60 Stück.

* Berlin, 28. Jan. (Amtl.) Bericht der städtischen Deputation für den Eierhandel von Berlin. Normale Eier je nach Qualität von 2,90—3,10 M. pro Schock. Aussortirte, kleine Waare je nach Qualität von 1,90—2,05 M. pro Schock. Kalteier je nach Qualität 2,75 bis 2,90 M.

Stärke. Kartoffelmehl.

* Berlin, 28. Jan. (Amtl.) Kartoffelmehl per 100 kg brutto inkl. Sack Termine fest. Gek. —,— Sack. Kündigungspreis —,— M. Durchschnittspreis —,— M., Prima-Qualität loco 26,40 M., per diesen Monat —,— M. per April-Mai 25,70.

Tendenz Kartoffelstärke per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine fest. Gek. —,— Sack. Kündigungspreis —,—. Durchschnittspreis —,— M. Prima-Qualität loco 26,00 M., per diesen Monat —,— M., per April-Mai 25,70 M.

Kartoffeln.

* Berlin, 26. Jan. (Pol.-Präl.) Kartoffeln 5,50—7,50 M. per 100 kg.

Wolle.

* Bradford, 28. Jan. (Telegr.) Wolle fest, wegen der bevorstehenden Londoner Auktion, welche voraussichtlich fest ist, Garne ruhig, in Stoffe gutes Geschäft.

Baumwolle.

* Liverpool, 28. Jan. (Telegr.) Baumwolle. (Anfangsbericht). Mittelmäßiger Umsatz 10,000 B. Mäßige Nachfrage. Tagesimport 16,000 B.

* Liverpool, 28. Jan. nachm. 12 Uhr 10 Min. (Telegr.) Baumwolle. Umsatz für Spekulation und Export 10,00 B. Ruhig. Mdbl. amerik. Lieferung: Jan.-Febr. 5 7/16 Käuferpreis, März-April 5 9/64 do., Mai-Juni 5 37/64 do., Juni-Juli 5 5/16 do., Juli-Aug. 5 21/64 Verkäuferpreis, Aug.-Sept. 5 37/64 do. Käuferpreis.

Metalle. Kohle.

* Breslau, 28. Jan. Zink unverändert.

* Glasgow, 28. Jan. (Telegr.) Roheisen. Mixed numbers warrants 41 sh. 3½ d.

* Glasgow, 28. Jan. (Telegr.) Roheisen (Schluß). Mixed numbers warrants 41 sh. 4 d.

* Glasgow, 28. Jan. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 8200 Tons gegen 6700 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

* Amsterdam, 28. Jan. (Telegr.) Banca-Zinn 58½.

* London, 26. Jan. (Telegr.) Chili-Kupfer 77½ do. per 3 Monat nom.

* London, 26. Jan. Zinn 96½ Strl. Kupfer 77¼ Strl. Zink 18¾ Strl. Blei, engl. 13½ Strl., span. 12½ Strl. Quecksilber 8¼ Strl.

* New-York, 26. Jan. Zinn, Straits 21,60 Doll., Eisen, Nr. 1 Gottnes 20,50 D.

Telegraphische Schiffsnachrichten.

* **Hamburg**, 28. Jan. Der Postdampfer „Australia" der Hamb.-Am. P.-A.-G. ist, von Hamburg kommend, gestern früh 7 Uhr in New-York eingetroffen, und der Postdampfer „Rhenania" von derselben Gesellschaft hat, von New-York kommend, heute Lizard passirt.

* **London**, 28. Jan. Die Union-Dampfer „Spartan" ist heute auf der Ausreise von Lissabon abgegangen.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null

	Moldau.	Ifer.	Eger.	Elbe.
Budweis	26. Jan.	—	27. Jan.	—
Prag	„	—	„	—
Jungbunzlau	„	—	„	—
Laun	„	—	„	—
Pardubitz	„	—	„	—
Brandeis	„	—	„	—
Melnick	„	−0,40	„	−0,40
Leitmeritz	„	—	„	—
Aussig	„	+0,46	„	+0,43
Dresden	27. Jan.	+0,16	28. Jan.	+0,08
*Torgau	„	+0,44	„	+0,54
*Wittenberg	„	+2,20	„	+2,16
*Roslau	„	+1,42	„	+1,41
*Barby	„	+0,56	„	+0,54
*Magdeburg	„	+2,12	„	+2,20
*Tangermünde	„	+—	„	+2,13
*Wittenberge	„	+2,28	„	+2,31
*Dömitz Pegel	„	+1,66	„	+1,68
*Lauenburg	„	+1,92	„	+1,97

*) Beobachtet in der Mittagszeit nach amtlichen Depeschen der Königlichen Elbstrombau-Verwaltung.

Am 28. Januar: Kalke (Saale) Eisfand, Torgau Treibeis, Wittenberg Eisfand, Roßlau Eisfand, Barby Treibeis schwach, Magdeburg Eisfand, Tangermünde Eisfand, Wittenberge Eisfand, Dömitz Eisfand, Lauenburg Eisfand.

Nachrichten des Standesamts Halle vom 26. Jan.

Aufgeboten: Der Kesselheizer Friedrich Karl Weiße und Johanne Rosine Dorothee Weise (Wuchererstr. 46). Der Zimmermann Paul Hermann Otto Franz Maurer und Emilie Ernestine Bertha Leiter (Gommergasse 7 und Merseburgerstr. 32).

Eheschließungen: Der Ziegel- und Schieferdeckermstr. Friedrich August Lorenz und Johanne Emilie Therese Kolbe (Kl. Klausstraße 10). Der Kfm. Johannes Friedrich August Alfred Sechtig und Adelheid Klara Rocktitsch (Schützengasse 10). Der Maurer Josef Frömel und Rosa Fischer (Brunoswarte 1b und Wörmlitzerstraße 30a). Der Handarbeiter Josef Swapert und Susanna Schwarz (Thurmstr. 24). Der Tischlermstr. August Hermann Jänecke und Johanne Karoline Bertha Knabe (Schützengasse 13 und 2. Vereinsstr. 4). Der Drechsler Otto Robert Paul Holtzhausen und Friederike Emilie Martha Fehse (Hirtengasse 15 und Spitze 7b). Der Handarbeiter August Louis Dietrich und Friederike Anna Heinicke (Diemitz). Der Maler Karl Emil Wanke und Minna Lina Doris Agnes Suhle (Georgstr. 2 und Alter Markt 27).

Geboren: Dem Kfm. Harry Hentze ein S., Kurt Harry Albin (Bechershof 5). Dem Eisenbahnboten Berthold Starke eine T., Anna Martha Klara (Landwehrstr. 3). Dem Kfm. Karl Morchel eine T., Minna Friederike Henriette Gertrud (Thurmstr. 3). Dem Maler Karl Teller ein S., Alexander Friedrich Karl (Wettinerstraße 3). Dem Maler Otto Fromme ein S., Bruno Gustav Sophienstr. 28). Dem Salztransport-Aufseher Robert Foerster eine T., Anna Amalie Elsbeth (Herrenstr. 17). Dem Schlosser Karl Thielicke ein S., Johannes Walther (Rannischestr. 14). Dem Ziegelbrenner Ludwig Habermann eine T., Auguste Bertha Helene (Adulverweiden 4). Dem Fabrikarbeiter Albert Lorenz eine T., Emma Anna (Mühlgasse 8). Eine unehel. T.

Gestorben: Des Cigarrenmacher Paul Andrag S. Gustav Otto Willy Paul, 2 J. 1 M. 14 T. (Klinik). Des Handarbeiter Albert Müller S. Paul Friedrich Albert, 11 M. 25 T. (Freudenplan 3). Der Lehrer Karl Börner, 39 J. 7 M. 3 T. (Klinik). Des Eisendreher Ernst Weigelt S. Friedrich Wilhelm Ernst, 11 M. 21 T., (Brunoswarte 1a). Des Maler August Bremeisen T. Antonie, 3 M. 4 T. (Fischerplan 3). Des Comptoirist Hermann Weise S. Paul Willy, 4 M. 26 T. (Augustastr. 9a). Des Böttcher Hermann Schöllner T. Olga Ella Elsa, 3 M. 10 T. (Zapfenstr. 7). Der Friseur August Heinrich Oswald Niedermann, 44 J. 5 M. 3 T. (Augustastr. 13). Des Zugführer Karl Rönsch Eheran Johanne Christiane Ernestine geb. Heinze, 46 J. 2 M. 7 T. (Blücherstr. 10).

Im Laufe der vergangenen Woche verstarben an:

Schlaganfall 2, Lungenschwindsucht 8, Herzfehler und Lungenentzündung 1, Herzlähmung 1, Lungenleiden 1, Diphtherie 6, Scharlachfieber 2, Brechdurchfall 1, Schwäche 1, tuberkulöse Hirnhautentzündung 1, Herzschlag 2, Krämpfe 4, Lungenentzündung 2, Verbrennung 1, Schlagfluß 3, Magenkrebs 1, Gehirnhautentzündung 1, Stimmritzenkrampf 1, Croup 1, Erstickung 1, malignen Lymphomen 1, myelitis iransversa 1, atrophie tuberculi 1.

Im ganzen 44.

Darunter befinden sich 4 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 28. bis 29. Jan.

Stadt Hamburg. Fabrikbes. Müller m. Gem. a. Magdeburg. Oberamtmann Sperber a. Celle i/Schl. Hüttenmstr. Ulich a. Hettstedt. Rentner: Erdmann a. Allstedt. Auerbach a. Gotha. Weingroßhändler Stück a. Kreuznach. Amtsrichter Trappe a. Bitterfeld. Kaufleute: Sälzer a. Wurzen. Rothamel a. Dornstadt. Bernhard, Kellert u. Sammel a. Berlin. Steinmann a. Elberfeld. Schönfeld a. Zauer. Krohne a. Erfurt. Lang a. Triest.

Wolff's Gasthof. Fabrikbes. Schebeler a. Berlin. Rentner Fritsche a. Dresden. Lehrer Panke a. Frankfurt a/M. Kaufleute: Uehlein a. Würzburg. Jacobson a. Breslau. Feldmann a. Zugolstadt. Koch a. Hannover. Freyer a. Stettin.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18890130032/fragment/page=0002